

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

33 (20.3.1947)

1. März 1947  
2. März 1947  
3. März 1947  
4. März 1947  
5. März 1947  
6. März 1947  
7. März 1947  
8. März 1947  
9. März 1947  
10. März 1947  
11. März 1947  
12. März 1947  
13. März 1947  
14. März 1947  
15. März 1947  
16. März 1947  
17. März 1947  
18. März 1947  
19. März 1947  
20. März 1947  
21. März 1947  
22. März 1947  
23. März 1947  
24. März 1947  
25. März 1947  
26. März 1947  
27. März 1947  
28. März 1947  
29. März 1947  
30. März 1947  
31. März 1947

### Todesurteile in Rastatt

Rastatt, 19. März. (dena) Im Prozeß gegen Angehörige der Sicherheitslager Haslach, Gengenau, Niederbühl und Sulz am Neckar, wurden die Angeklagten Paul Burg, Josef Muth, Walter Mueller, Bernhard Ulrich, Reinhold Lindau, Gerhard Galfier, Van der Veer, Erwin Osterlag und Karl Nubberger zum Tode verurteilt.

Todesurteile für sämtliche Angeklagte beantragt. Dachau, 19. März. (dena) Für sämtliche Angeklagte im Prozeß gegen 21 Polizeiangestellte in Dachau, die der Erteilung oder unmittelbaren Ausführung von Befehlen zur Erschießung notgelandeter Flieger angeklagt sind, beantragte der amerikanische Ankläger, Oberleutnant John Dwinell, am 17. ds. Mts. nach dreistündigem Plädoyer die Todesurteile.

### „Mittläufer“ - Bestätigung durch Militärrückführung erforderlich

Berlin, 19. März. (dena) In allen Fällen, in denen ehemalige Amtsträger der NSDAP auf Grund von Beweisen als „nominelle Nazis“ angesehen und von der Spruchkammer als „Mittläufer“ eingestuft werden, muß nach einer OMGUS-Verfügung, eine Überprüfung und Bestätigung des Spruches durch die regionale Militärrückführung erfolgen.

### Entlassung Kriegsgefangener in England bis Weihnachten

London, 19. März. (dena) Ein Plan, nach dem alle deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien bis Weihnachten 1947 entlassen werden sollen, wird gegenwärtig von den konservativen Abgeordneten des britischen Parlaments ausgearbeitet.

### Bevin soll sich der deutschen Kriegsgefangenen annehmen

London, 19. März. (dena) Über 50 britische Parlamentsabgeordnete, darunter Richard Stokes und Gordon Walker, haben in einer Resolution, die am 18. ds. Mts. Außenminister Bevin in Moskau überreicht wurde, diesen aufgefordert, während seines Moskauer Aufenthaltes Schritte zur Rückführung der noch in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bei der sowjetischen Regierung zu unternehmen.

### Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 19. März. (dena) In den Gruben der Zentralvereinigung der Kohlenindustrie in Polen sind, wie der polnische Pressedienst am 15. ds. Mts. bekanntgab, 30 000 deutsche Kriegsgefangene beschäftigt und weitere 14 463 Kriegsgefangene unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnisüberwachungsamtes.

Alle Kriegsgefangenen sind auf Befehl des Lagerkommandanten zur Arbeit verpflichtet. In ihrer Freizeit können die Kriegsgefangenen die von der Lagerkommandatur zur Verfügung gestellten Zeitungen lesen oder ein Kino besuchen. Die Kriegsgefangenen sind in Baracken, die einer durchschnittlichen Belegstärke von 250 Mann untergebracht.

### „Er durfte nicht darüber sprechen“

Ein Geheimhaltungsbefehl Hitlers - Tiso: „Ich würde wieder so handeln“

Nürnberg, 19. März. (dena) Im Prozeß gegen die 23 Nazi-Ärzte und Wissenschaftler eröffnete in der Verhandlung vom 12. März der Verteidiger des Angeklagten Dr. Kurt Blome, Rechtsanwalt Dr. Fritz Sauter, die Beweisführung für seinen Mandanten.

Im Kreuzverhör durch den Anklagevertreter, Alexander G. Hardy, mußte der Zeuge zugeben, daß Blome nicht über den Euthanasie-Plan sprechen durfte, auch wenn er davon wußte, da dies eine Verletzung des Geheimhaltungsbefehls Hitlers dargestellt hätte.

Frag, 19. März. (dena) Im Prozeß gegen den ehemaligen Präsidenten der sog. slowakischen Republik, Dr. Josef

2. Jahrgang / Nummer 33  
Verlag: Badendruck GmbH,  
Karlsruhe, Lammstr. 1b-3, Tel. 4651/53

# BADISCHE

Karlsruhe, Donnerstag, 20. März 1947  
Anlasser Bezugspreis RM. 2,20  
Postbezugs RM. 2,80 zuzügl. Bestelgebühren

## NEUESTE NACHRICHTEN

### Marshall besteht auf Zonenvereinigung

Moskau, 19. März. (dena) Die Stellvertreter der Außenminister für die Zonenvereinigung des Potsdamer Abkommens aufgehoben werden. 6. Der Umfang der Reparationen soll nach den Weltpreisen, wie sie im Jahre 1938 bestanden, festgelegt werden. 7. Die Reparationen für die Sowjetunion sollen in jedem Falle 10 Milliarden Dollar betragen und in erster Linie aus der industriellen Ausrüstung, der laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen. 8. Die deutschen Reparationsverpflichtungen sollen innerhalb von 20 Jahren mit Wirkung vom Unterzeichnungsdatum des Potsdamer Abkommens erfüllt werden. 9. Es soll eine interalliierte Reparationskommission aus Vertretern der vier Großmächte gebildet werden. 10. Der Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Wohle Deutschlands und anderer Staaten sollen



Unser Bild zeigt den Verhandlungstisch bei der Eröffnungssitzung der Moskauer Konferenz. Ganz links Außenminister Molotow u. ganz rechts Außenminister Marshall. (dena-Bild)

keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, Güter für den Handel verfügbar zu machen. Er befürwortete die Freiheit des Verkehrs als eine notwendige Grundlage für eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

### Innerhalb Deutschlands freier Handel

Zur Frage der zentralen Verwaltung Deutschlands erklärte Marshall, er empfehle, daß in kürzester Zeit zentrale deutsche Verwaltungsbehörden zusammen mit Ernährungs- und Landwirtschaftsbehörden gebildet würden, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen seien. Marshall wies darauf hin, daß die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zonen in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen durchgeführt worden sei.

Anschließend gab Außenminister Marshall eine Erklärung ab, in der er sagte, der Schlüssel zur Lösung des deutschen Wirtschaftsproblems liege darin, daß man Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandle. Es sei der Standpunkt der USA, daß die im Potsdamer Abkommen vorgesehene gleichmäßige Verteilung der notwendigen Güter in allen Zonen eine Beseitigung der Zonengrenzen als wirtschaftliche Grenzen erfordere. Innerhalb Deutschlands müsse es einen freien Handel geben, gleichmäßige Lebensmittelverteilung und eine Verteilung aller Güter nach gemeinsamen Regeln.

Zur Frage der Reparationen erklärte Marshall, er sei der Ansicht, daß eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems nicht eher möglich sei, als bis Deutschland eine wirtschaftliche Einheit darstelle, wie dies im Potsdamer Abkommen vorgesehen sei.

Eine Währungsreform sei unerlässlich, wenn die deutsche Wirtschaft sich selbst erhalten solle. Damit verbunden sei die Notwendigkeit einer Produktions-erhöhung.

### Bildung von Sonderausschüssen

Die für Deutschland zuständigen Sonderbeauftragten der Außenminister einigten sich darüber, daß vier Ausschüsse gebildet werden sollen. Erstens: Für die politische und verfassungsrechtliche Struktur Deutschlands; zweitens: für territoriale Veränderungen und verwandte Probleme; drittens: für die wirtschaftliche Organisation Deutschlands und für Reparationen und viertens: für die Entwaffnung und Entmilitarisierung.

### Eine Entschliessung an die Moskauer Konferenz

Frankfurt, 19. März. (dena) Die Teilnehmer der interzonalen Tagung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes haben in einem Schreiben vom 17. ds. Mts. an den Alliierten Kontrollrat die Bitte gerichtet, ihren Vertretern die Möglichkeit zur mündlichen Erläuterung ihrer Entschliessung an die Moskauer Konferenz zu geben.

### Dollarhilfe „vorläufig gebilligt“

Washington, 19. März. (dena-Reuter) Der auswärtige Ausschub des Repräsentantenhauses hat am Dienstag die Gesetzesvorlage zur Ermächtigung der Präsident Truman gegen 350 000 000 Dollarhilfe für die kriegszerstörten Länder „vorläufig gebilligt“.

### Waffenstandardisierungsabkommen in England - Frankreich

Moskau, 19. März. (ap) Wie der Brüsseler Korrespondent der sowjetischen Zeitung „Pravda“ am 17. ds. Mts. berichtet, ist in journalistischen Kreisen bestätigt worden, daß zwischen Frankreich und Großbritannien vorbereitende Besprechungen über die Standardisierung von Waffen im Gange sind.

### Ein geheimes Reparations-Protokoll

1945 abgefaßtes Übereinkommen der drei Großmächte über von Deutschland zu leistende Reparationen - Entnahme aus laufender Produktion

London, 19. März. (dena-Reuter) Der Wortlaut eines Geheimprotokolls, das auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 von den drei Großmächten abgefaßt worden sei und das erste Übereinkommen der Großmächte über die von Deutschland zu leistenden Reparationen enthalte, ist nach dem Bericht eines Reuter-Korrespondenten am 17. ds. Mts. von dem sowjetischen Außenminister Molotow auf der Konferenz des Außenministers in Moskau bekanntgegeben worden.

Das Protokoll enthält eine Bestimmung, daß Reparationen der laufenden

### Frankreich mit Wirtschaftseinheit einverstanden

Bidault bei Stalin - Frankreich ändert seine Meinung - Russische Freundschaft sicher

Außenminister Bidault: „Unsere Politik gegenüber Deutschland ist nicht negativ“

Voraussichtliche sowjetische Teilnahme an Kontrolle über Ruhrgebiet - Stalin versichert Frankreich wirtschaftliche Hilfe

Moskau, 19. März. (dena) Generalissimus Stalin empfing den französischen Außenminister Georges Bidault am 17. ds. Mts. zu einer Unterredung. Im Anschluß an seinen Besuch bei Generalissimus Stalin gab Außenminister Bidault dem INS-Korrespondenten Leon Pearson ein Interview.

Pearson legte Bidault drei Fragen vor. Sie lauteten: 1. Ist es wahr, daß - wie in den Vereinigten Staaten weithin angenommen wird - die französische Politik der sowjetischen Linie folgt? 2. Ist die französische Politik eine Politik der Vermittlung? 3. Ist die Politik im Hinblick auf Deutschland? Bidault beantwortete sämtliche Fragen mit „nein“.

### Minister Veit: „Wir hassen den Krieg“

Das große Wirtschaftsreferat vor dem Landtag in Stuttgart

Baden-Württemberg ein Staatswesen - Sozialisierung nicht Machtkonzentration

Stuttgart, 19. März. (Von unserem Stuttgarter NO-Berichterstatter) In der heutigen Plenarsitzung des badisch-württembergischen Landtages im Furtbachhaus in Stuttgart hat Wirtschaftsminister Hermann Veit ein zweieinhalbstündiges, seinem Inhalt nach höchst bedeutsames Referat über „Unser Wirtschaftsleben“ gehalten. Der Redner begann mit der Feststellung, daß unsere Wirtschaft todkrank sei und es um Leben oder Sterben des deutschen Volkes gehe. Die Ursache unseres Elendes sei die verbrecherische Politik in der Staatsführung, die sich anmaßt habe, aus den geisteskranken Phantasien eines Mannes das Schicksal der ganzen Welt gestalten zu wollen und deren Wirtschaftspolitik sich in dem Schlagwort „Kanon statt Butter“ verkörpere. Es sei eine maßlose Dreistigkeit, wenn diese geistigen Parole zujubeln könnten, die jetzigen deutschen Staatsmänner oder die Besatzungsmächte für dieses Unglück verantwortlich machen wollten, in das uns ihr eigener Wahnsinn gestürzt hat. Das hysterische „Ja“, das auf die verbrecherische Frage: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ erschollen sei, gelte uns noch in den Ohren.

Schlüsselstellung Kohle

Wir aber hätten den Krieg und seine Verherrlichung und wollten an Stelle des Denkmals des unbekanntem Soldaten in unseren Herzen den unbekanntem Arbeiter ein Denkmal errichten. Die erste Wiederbelebung unserer Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch sei auf die Aufarbeitung noch vorhandener Vorräte zurückzuführen gewesen. Das gelte insbesondere für den Schlüssel der gesamten Wirtschaft: der Kohle. Wir vermöchten heute nicht einmal die Hälfte der von dem alliierten Industrieplan zugestandenen und durch aus ungenügenden Menge an Eisen und Stahl zu produzieren.

Die Demontagen entsprächen insoweit unseren eigenen Absichten, als die Rüstungsindustrie in Frage stehe. Wir müßten aber Sorge haben, daß das Friedens-Potential in unenträglich Weise in Mitleidenschaft gezogen werde. So seien in der Ostzone 35% der Bestände der Maschinenindustrie abgebaut. Es gäbe nur drei Wege, entweder müsse ein Teil des deutschen Volkes hungern, oder es müsse auf die Dauer ein Teil unserer Lebensmittelfuhr von Ausland bezahlet werden. Man müsse uns so viel Industrie lassen, daß wir die Lebensmittel durch den Export zu bezahlen vermögen. Um den Lebensstandard von 1932 wieder zu erreichen müßten wir bei 66 Mill. Einwohnern jährlich für über 37, Milliarden Mark Lebensmittel einführen, während der Industrieplan nur einen Gesamtexport von 3 Milliarden vorsieht.

### Sinnlose Sachwertpsychose

Ein psychologisches Hemmnis für die Wirtschaft bildeten die Steuergesetze, die der Unternehmerinitiative keinen Anreiz mehr gewährten. Der Preisstop habe mit Bildung der Produktionskosten u. a. dazu geführt, daß alle großen Betriebe der Metallindustrie heute mit Verlust arbeiteten. Die Sachwertpsychose der Wirtschaft sei sinnlos, denn eine Währungsreform werde in jedem Fall den Sachbesitz genau so treffen, wie den Geldbesitz. Die Warenhortung

### Entnazifizierung in Württemberg-Baden

Stuttgart, 19. März. (dena) Von den bis zum 28. Febr. in Württemberg-Baden eingegangenen 2 676 900 Meldebogen wurden 1 451 230 bearbeitet. An 1 271 000 vom Gesetz nicht Betroffene ergingen Postkartenbescheide, während in 119 000 Fällen, davon 101 160 auf Grund der Jugendamnestie, das Verfahren eingestellt wurde. Von 61 230 Betroffenen wurden in Spruchkammerverfahren in die Gruppe der Hauptschuldigen 34, in die Gruppe der Minderbelasteten 3685, in die Gruppe der Mitläufer 55 830 und in die der Entlasteten 1140 eingereiht. Von insgesamt 2229 eingeleiteten Berufungen sind 346 erledigt.

### Amerikan. Seife für Deutsche

Berlin, 19. März. (ap) Zur Behebung der Seifenknappheit in Deutschland hat sich die amerikanische Seifenindustrie bereit erklärt, eine Seifenmenge, die 3000 t Fettsäure entspricht, für die Zivilbevölkerung der vereinigten anglo-amerikanischen Zone freizugeben.

Neuer Dösbomber in USA. Am 17. ds. Mts. startete, wie am peludet, der erste amerikanische Bomber des Modells B-49, der vier Düsenmotoren besitzt, zu seinem ersten Probeflug.

### Frankreich ändert Erklärung ab

Der französische Außenminister Georges Bidault entschloß sich auf Grund der mit Generalissimus Stalin abgehaltenen privaten Unterredung, den Text seiner Erklärung, die er auf der Diensttagung des Außenministers abzugeben gedachte, abzuändern. Kopien der ursprünglichen Erklärung, die bereits am Montag unter den Angehörigen der französischen Delegation verteilt worden waren, mußten nach dem Beschl. Bidaults bei Stalin zurückgegeben werden.

In französischen Kreisen wird erklärt, Stalin habe Bidault versichert, daß Frankreich auf die Sowjetunion zählen könne, wenn es gelte, Deutschland davon abzuhalten, zu irgendeinem Zeitpunkt wieder zu einer Drohung des Friedens in Europa zu werden.

Stalin soll Bidault auch aufgefordert haben, Frankreich vom Beitritt zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten Block fernzuhalten.

Weiter soll Stalin Bidault versichert haben, daß Frankreich, wenn es neutral bleibe, sich nicht nur der zuverlässigsten Freundschaft der Sowjetunion erfreuen, sondern auch wirtschaftliche Hilfe erhalten würde. Es wird angenommen, daß auch eine sowjetische Teilnahme an der alliierten Kontrolle des Ruhrgebietes, wie sie am Vortage von Außenminister Molotow gefordert worden war, erörtert wurde.

### Frankreich stimmt Viermächtepak

Frankreich erklärte sich am 18. ds. Mts. mit der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wobei auch das Ruhr- und Rheingebiet eingeschlossen sein sollen, einverstanden und nahm „im Prinzip“ den amerikanischen Vorschlag für einen vierjährigen Viermächtepakt gegen eine künftige deutsche Aggression an.

In einer historischen Erklärung legte der französische Außenminister Bidault dem Außenminister nach seinem privaten Interview mit Marshall Stalin den konkreten französischen Plan für einen Frieden mit Deutschland dar. Bidault betonte darauf, daß eine wirtschaftliche Einheit durch eine strenge alliierte Kontrolle überwacht werden müsse. Bidault verlangte eine starke Herabsetzung der deutschen Schwerindustrie und eine endgültige Beseitigung des Kohlenverbrauchs. Bidault ging von der traditionellen französischen Forderung auf eine Abtrennung des Ruhr- und Rheinlandes ab. Frankreich gäbe seinen Wunsch nach einer politischen und wirtschaftlichen Abtrennung des Ruhr- und Rheinlandes nicht auf. Nur aus „einer Defacto-Notwendigkeit“ sei Frankreich bereit, provisorisch einer Ausdehnung der deutschen wirtschaftlichen Einheit auf diese Gebiete zuzustimmen.

### Kurz beleuchtet

Der sowjetische Außenminister Molotow hat die Forderungen an Deutschland zusammengefaßt bekanntgegeben. Sie scheinen erschreckend hoch für das vom Krieg zerstörte Deutschland, das außerdem nicht in der Lage ist, frei seine Kräfte zu rühren. Zweierlei ist aber zu beachten. Sowjetrußland hat durch den Krieg schwerste Schäden erlitten, 1700 zerstörte Städte, 35 000 Fabriken und 25 000 000 Obdachlose stehen u. a. auf dem Schuttdehaufen des Dritten Reiches. Die andere Begründung liegt in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen der Sowjetunion, verursacht durch die große Trockenheit im Jahre 1946.

Sehr interessant ist nun, Kommentare zu diesen Forderungen in der britischen Presse nachzulesen. Der „Manchester Guardian“ glaubt, die Auswirkung der sowjetischen Reparationspolitik sei in Wirklichkeit eine Forderung an die Alliierten. Da es Deutschland bei Anerkennung der sowjetischen Ansprüche unmöglich gemacht werde, aus Eigenem zu leben, bleibe es weiter auf britische und amerikanische Lebensmittelleistungen angewiesen. Letzten Endes werde durch die europäische Lebensstandard gesenkt. Und der „News Chronicle“ erklärt: „Es muß klar gemacht werden, daß Deutschland nicht als die Milchkuh Europas betrachtet werden kann.“ H. B.

Künstler oder Beamte?

Nach einer Verfügung werden sämtliche Beamte auf die badisch-württembergische Verfassung vereidigt. Theater sind überwiegend städtische oder staatliche Unternehmen...

Am Karlsruher Theater erfolgte die Anwendung der Verfügung sinngemäß, indem man nur Verwaltungsbeamte und Angestellte, nicht aber Künstler vereidigte.

Der gleiche Akt wiederholte sich in der Karlsruher Musikhochschule. Durch Zuschriften und persönliche Besuche erfahren wir, daß niemand zu dem Eid — so sei besonders betont worden — gezwungen werden könne.

Ausbesserung der Straßen tut not!

Der Zustand der Straßen im Kreisgebiet läßt viel zu wünschen übrig

Was läßt heute nicht alles zu wünschen übrig? Es gäbe eine endlose Litanei unerfüllter und unerfüllbarer Wünsche. Unser Alltag ist mit Klagen angefüllt, die nimmer verstummen wollen!

Kein Wunder, wenn auch der Auto- und Radfahrer über den schlechten Zustand der Straßen jammert, der ihm die kaum erschwüngen Gummibereifungen seines Vehikels vor der Zeit buchstäblich wegrifft. Es ist schon so, daß auch hier der Krieg der Vater des Übels ist.

Warum ist Graben im Frühjahr falsch?

Wird im Herbst gegraben, dann kommen die Bodenbakterien nach unten in den Boden, während gleichzeitig die bakterienärmeren Schichten nach oben kommen.

KURZE STADTNOTIZEN

Jahresversammlung der SPD Karlsruhe Dr. Heinrich Dietrich wiedergewählt

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Karlsruhe, hielt am Dienstag, den 18. März unter außerordentlich starker Beteiligung der Mitglieder im Kantinenaal der Firma Haid & Neu ihre Jahreshauptversammlung ab.

Benützung der Hausgärten beschlagnahmter Häuser

Die Military Community Headquarters, Karlsruhe, teilt der Stadtverwaltung wegen der Benützung von Hausgärten bei beschlagnahmten Häusern mit: Besitzern (Eigentümern) von Häusern und Grundstücken, die zur Zeit beschlagnahmt sind...

Die Wahl der Flüchtlingsvertrauensleute für den Stadtbezirk Karlsruhe, 21. März 1947, im „Klosterbau“, Schulzenstraße 2, um 19 Uhr, statt.

Versammlung der Karlsruher Jugend. Am Freitag, 21. März 1947, 18 Uhr, findet eine Versammlung der gesamten Karlsruher Jugend statt.

SPD-Frauengruppe, Donnerstag, 20. März 1947 im „Weißen Berg“ Versammlung. Beginn 20 Uhr.

SPD Rippurr, Samstag, 22. März 1947, 20 Uhr, spricht im Gasthaus „Zur Krone“ Dipl. Kaufmann Curt Cortier über „Weiche wirtschaftliche Möglichkeiten hat Deutschland“?

Freiw. Ehrendienst am Samstag-Nachmittag. Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag, den 22. März 1947, ist auf 13 Uhr — Eingang Kaiser-Passage (Ecke Wald- und Kaiserstr.) — festgesetzt.

Die Generalversammlung des Industrieverbandes Druck und Papier findet am Samstag, den 22. März 1947, 16 Uhr, im „Salmen“ statt.

Aufruf zum freiw. Ehrendienst 1947

Der erste Schritt zum Wiederaufbau unserer zerstörten Heimatstadt ist die Besichtigung des Schuttes unserer Wohnhäuser und Arbeitsräume, unserer Kirchen, Verwaltungen und Erholungsstätten.

Uns bleibt nur eine Wahl: „Den Schutt wegräumen, damit wir aufbauen können!“

In dem hinter uns liegenden Jahr ist damit ein guter Anfang gemacht worden. Bereits über ein Fünftel der gesamten Schuttmasse wurde innerhalb 7 Monaten abgefahren.

Dies war neben der hingebungsvollen Arbeit der Stammbesetzter der in der AAK zusammengeschlossenen Firmen nur möglich, weil die Karlsruher Männer und hier vor allem die älteren Jahrgänge, im Ehrendienst freiwillig mitgeholfen haben.

Um das gesteckte Ziel dieses Jahres zu erreichen, werden erneut viele tausend fleißige Hände gebraucht. Die Zahl der hauptberuflich tätigen Bauarbeiter reicht dazu nicht aus, weil neben der Räumung auch der Wiederaufbau an den wichtigsten Stellen bereits im Gange ist.

Ich rufe deshalb die männliche Bevölkerung von Karlsruhe im Alter von 15 bis 65 Jahren für das Jahr 1947 wieder auf zum freiwilligen Ehrendienst bei der Schutträumung in Karlsruhe!

Wie im vergangenen Jahr ergeht dieser Ruf an alle, die in der Lage sind, Schaufel und Pickel in die Hand zu nehmen, ohne Unterschied des Alters und des Berufes.

Wie beim Ehrendienst 1946 ist auch 1947 die Ableistung in kleinen Zeiträumen bis zur Halbtagsarbeit möglich, damit ihn auch die Berufstätigen leisten können.

Um den Ehrendienst zu erfüllen, also Anspruch auf die Ehrenkarte der AAK zu haben, müssen im Rahmen der allgemeinen Schutträumung bei der AAK leisten:

- 1. Männer, die nicht unter das Befreiungsgesetz fallen: wenn sie voll beschäftigt sind... 6 Arbeitstage; wenn sie nicht oder nur teilweise beschäftigt sind... 12 Arbeitstage; 2. Männer, die unter das Befreiungsgesetz fallen: wenn sie voll beschäftigt sind... 18 Arbeitstage; wenn sie nicht oder nicht voll beschäftigt sind... 30 Arbeitstage.

Unter die Gruppe 1 fallen auch alle ohne Ausnahme, die im Besitz der Ehrenkarte von 1946 sind.

Alle nachweisbar im Bauhauptgewerbe und Baubehelferarbeiten am Ehrendienst teilnehmen. Sie erhalten darüber auf Antrag eine besondere Wiederaufbaukarte.

Der Ehrendienst 1947 beginnt am 1. April 1947. Von diesem Tage an treten auch die Inhaber von Ehrenkarten 1946 zugesprochenen Vergünstigungen in Kraft.

Karlsruhe Männer und Karlsruher Jugend! Zeigt durch die Tat, daß ihr unsere schwer beschädigte Heimatstadt in ihrer Not mehr liebt denn je.

Karlsruhe, den 20. März 1947. Der Oberbürgermeister: Töpfer.

Zwei Ochsen brachten es an den Tag

Es waren nicht nur zwei Ochsen, die bei dieser Sache spielten, sondern ein Rind war auch dabei. Die Ochsen wurden von einem in Rippurr wohnenden Landwirt in Bruchhausen gekauft.

Arbeitslager für Ortsgruppenleiter Wegele

Vor der Spruchkammer IV (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Courtin, Öffentliche Kläger: E. A. Giacomelli) hatte sich der frühere Verwaltungsinspektor und nachmalige stellv. Direktor der Sparkasse Karlsruhe, Georg Wegele, zu verantworten.

Das Jagdwesen wird neu geregelt

Gesetzentwurf vor dem württembergisch-badischen Landtag

Wenn der Märzwind noch rau und kalt über die Felder weht und die wärmende Sonne das erste Grün der keimenden Saat aus der Erde lockt, beginnt es sich in Feld und Wald zu regen.

Die Pächter haben unter diesen Umständen natürlich trotz laufender Pachtverträge die Pachtsummen nicht bezahlt, wodurch den Gemeinden eine erhebliche Einnahmequelle, die gerade jetzt bitter notwendig gewesen wäre, entgangen ist.

Höchster Krankenstand in Baden-Baden

Zeichnen sich die bisherigen Monatsberichte der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Baden schon durch eine gerade erschütternde Nüchternheit und eine absolut klare und ungeschminkte Schilderung der tatsächlichen Lage aus...

Im Anschluß an eine Tagung des „Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung“ wird eine Schau gezeigt, die den Wiederaufbauplänen der Stadt Freiburg gewidmet ist.

Aufbaupläne in Freiburg

Im Anschluß an eine Tagung des „Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung“ wird eine Schau gezeigt, die den Wiederaufbauplänen der Stadt Freiburg gewidmet ist. An der Schau sind außer graphischer Darstellung und in übersichtlichen Tabellen vier darüber Rechenschaft gegeben, was in der Stadt zerstört wurde...

Umzugs- und Evakuierungslager aus der Ost-Zone

Umzugs- und Evakuierungslager aus der Ost-Zone kann ab sofort nach der amerikanischen und französischen Zone befördert werden.

Zum Gedenken Franz Schuberts

Die schöne Müllerin Es wird in Karlsruhe wohl nicht allzu viele Musikbegeisterte geben, die die Schöne Müllerin in solch gültiger Wiederbelebung erlebt haben, wie uns am vergangenen Sonntag von Else Blank und Otto Matzerz...

Lebenskünstler

Im Gloria läuft in deutscher Sprache der amerikanische Columbia-Film „Lebenskünstler“ nach dem Theaterstück von G. S. Kaufmann und Moß Hart. Das Bühnenstück, das den Pulitzer-Preis gewann, ist ein packend und gleichzeitig lebenswichtig unterhaltender Film gestaltet worden.

Arbeitslager für Ortsgruppenleiter Wegele

Vor der Spruchkammer IV (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Courtin, Öffentliche Kläger: E. A. Giacomelli) hatte sich der frühere Verwaltungsinspektor und nachmalige stellv. Direktor der Sparkasse Karlsruhe, Georg Wegele, zu verantworten.